

Fünfzig Jahre Fristenlösung – die schiefe Ebene ins Verderben

Am 1. Jänner 1975 trat die verhängnisvolle „Fristenlösung“ in Kraft. Die Abtreibung, nach §96 StGB verboten, wird gemäß §97 nicht bestraft, wenn sie innerhalb der ersten drei Schwangerschaftsmonate durchgeführt wird (wobei der Beginn der Schwangerschaft naturgemäß praktisch nicht genau zu bemessen ist), und nach den drei Monaten, wenn bestimmte „Indikationen“ vorliegen. Unsere Leser wissen darüber ohnehin Bescheid. Anlässlich von fünfzig Jahren Fristenlösung soll hier auf aktuelle Auswirkungen eines alten Gesetzes hingewiesen werden. –

Eine der katastrophalen Folgen der straffreien, also quasi-legalen Abtreibung ist natürlich die schiefe Ebene: Zerstört man den Schutz des Lebens und bricht man das Gebot Gottes, dann geht es immer weiter ins Dunkle und Satanische. Das sieht man an vielen, staatlich geförderten Manifestationen des Toteskultes.

Bereits an den haßerfüllten Demonstrationen der Abtreibungsaktivisten, in den siebziger und achtziger Jahren besonders aus dem Umfeld der SPÖ, konnte man erkennen, daß die Pro-Abtreibungsbewegung viel weiterreichende Ziele hatte, als – angeblich – verzweifelte Schwangere vor übertriebener Strafverfolgung zu schützen. Das Volksbegehren gegen die Fristenlösung (Eintragungszeitraum 24.11. – 2.12.1975) erzielte österreichweit zwar fast 900.000 Unterschriften, in Wien, wo der Widerstand gegen das Volksbegehren aber massiv und gehässig war, nur sehr wenige. –

Daß die Ausweitung der Tötung ungeborener Kinder den Ärztestand brutalisiert und verroht hat (auch wenn es nur wenige Ärzte sind, die selbst abtreiben, aber viele, die nichts dagegen haben), sah man zwischenzeitlich an der Brutalität der COVID-Impfkampagne und der anderen „Maßnahmen“, die von den allermeisten Ärzten voll mitgetragen wurden.

Mit der Fristenlösung kam sodann ein ganzer Rattenschwanz an weiteren Katastrophen nach Österreich, vor allem die Kommerzialisierung der Abtreibung und die routinemäßige Verwendung abgetriebener Kinder für die Pharma- und Kosmetikindustrie. –

Weitere Liberalisierung des Tötens geplant?

Die von der SPÖ vor fünfzig Jahren in Aussicht gestellten bzw. versprochenen „flankierenden Maßnahmen“ wurden nicht nur nicht umgesetzt, sondern die Abtreibung soll immer weiter beworben und leichter zugänglich gemacht werden:

Am 9. Jänner veröffentlichte der Wiener Journalist Andreas Wailzer, M. Sc. (Korrespondent für www.Lifesitenews.com, Autor bei Corrigenda.online <https://www.corrigenda.online/>, betreibt den Youtube-Kanal @kontra_punkt_ https://www.youtube.com/@kontra_punkt_) auf X einen Bericht über geleakte Protokolle zu den Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS. Offenbar sind wir durch das Scheitern dieser Verhandlungen an einer Ausweitung des Angriffes auf das Leben gerade noch vorbeigeschrammt.

Wailzer schreibt dazu:

„Aus den geleakten Protokollen zu den Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS geht Folgendes zum Thema Abtreibung hervor: SPÖ und NEOS hatten als Ziel:

„Selbstbestimmtes Leben und körperliche Integrität für alle Frauen in Österreich garantieren“
SPÖ forderte:

- Kostenloser (!) und legaler Zugang zu Abtreibungen und Verhütungsmitteln
- Abschaffung von §96 und §97 StGB, also Legalisierung der Abtreibung (keine Einschränkungen von z.B. 12 oder 24 Wochen werden genannt...also potentiell legale Abtreibung bis zur Geburt)
- Verpflichtung für alle öffentlichen Spitäler mit gynäkologischer Abteilung kostenlose Abtreibungen anzubieten
- Etablierung sogenannter ‚Schutzzonen‘ vor Abtreibungskliniken
- NEOS forderten zusätzlich noch die Verschreibung der Abtreibungspille Mifegyne durch Allgemeinmediziner zu erlauben und den Frauen eine ‚telemedizinische Betreuung‘ zur Verfügung zu stellen.
- Außerdem stand die Einrichtung einer Arbeitsgruppe für die Themen künstliche Befruchtung, ‚Social Egg Freezing‘, Ei- und Samenzellen-Register als Forderung zu Buche. Diese Forderungen sind allesamt rot markiert [gemeint sind vermutlich die rot markierten Punkte 1-4, Anm. WS], was wohl bedeutet, dass sich die Parteien nicht einig waren, also hat die ÖVP diese Forderungen wohl abgelehnt. Allerdings ist unklar, ob die ÖVP hier bereit gewesen wäre doch Kompromisse zu machen, wären die Verhandlungen nicht gescheitert.“ –

Soweit das Zitat von Andreas Wailzer (Quelle:

https://x.com/Andreas_Wailzer/status/1877433820644818990).

Wir können das Gesagte hier nicht überprüfen. Angesichts der unzweideutigen Aussagen von SPÖ-Politikern in den letzten Jahren und im Zusammenhang mit den Angriffen auf Lebensschutz und Lebensschützer im Vereinigten Königreich, in Frankreich und in Deutschland, sowie auf der Ebene internationaler Organisationen (besonders die einschlägigen „Reports“ im Europäischen Parlament) klingt das aber höchst plausibel.

Da die ÖVP in Vorarlberg den Greuel der Abtreibung – gegen das Versprechen von LH Wallner – ins Landeskrankenhaus gebracht hat, da die ÖVP in Tirol dasselbe tun will und da die ÖVP-geführte Salzburger Landesregierung in gut elf Jahren nicht willens war, die Abtreibung in den *Salzburger Landeskliniken* zu beenden und das Leben der Ungeborenen zu schützen, kann man annehmen, daß Karl Nehammer den Forderungen wohl weit entgegengekommen wäre. –

Man wird im Scheitern der Regierungsverhandlungen der genannten Parteien eine glückliche Fügung erkennen können, einen Gnadenerweis Gottes. Dieser hat freilich nur aufschiebende Wirkung. Die neue Regierung ist aufgerufen, die Wirkungen der Fristenlösung zu neutralisieren. In der FPÖ wurden schon einige positive Ansätze gemacht, aber es ist noch zu wenig. Es wäre jetzt auch höchste Zeit, wenn die Bischöfe sich mutig zu Wort melden würden.

Aktuell: Burgenlandgrüne für Gratisabtreibung im Burgenland

FPÖ-Landesparteiobmann Norbert Hofer gab auf einer Pressekonferenz am 28. Jänner 2025 bekannt, daß eine wichtige Forderung der Grünen, die von Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil für viele

Wähler, auch Sozialdemokraten, unverständlicherweise in die Landesregierung geholt werden sollen, in der Ermöglichung von kostenfreien Abtreibungen im Burgenland bestehe (Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=ZXRfRyHHvt4>, ab 05:20).¹

Hofer teilte mit, daß er von vielen SPÖ-Wählern Nachrichten bekomme, die ihre Enttäuschung über die Koalitionsoption Doskozils äußerten. Man habe dort aufgrund der bodenständigen Ausrichtung Doskozils erwartet, daß er mit FPÖ oder ÖVP koalieren würde.

So kann man sich täuschen.

Dieser Vorgang zeigt, daß SPÖ und Grüne von der Abtreibung geradezu besessen sind. Unser Land wird immer dekadenter. Es ist ein Totenkult. Nur sehr wenige stellen sich dem entgegen. Praktisch kein höherer Politiker äußert sich gegen den Kindermord im Mutterleib.

Die Kirche schweigt dazu, besonders peinlich war die Abschiedsfeier für Kardinal Schönborn vor wenigen Tagen im Stephansdom. Eminenz und die anderen, die dort geredet haben, bedienten ausschließlich das übliche, politisch korrekte Narrativ. Kein Wort von dem Massenmord im Mutterleib.

Das kann nicht gut ausgehen.

Gott schütze Österreich.

Wolfram Schrems

29.01.2025

(Beitrag für Mitteilungsblatt von *Ja zum Leben/Human Life International Österreich* für Februar, überarbeitet)

¹ Der Online-Standard <https://www.derstandard.at/story/3000000254739/spoe-und-gruene-starten-im-burgenland-verhandlungen?ref=niewidget> vom 28.01.25 berichtet: ‚Was Schwangerschaftsabbrüche angeht, die im Burgenland derzeit nicht möglich sind, antwortete die Grünen-Chefin im ORF-Radio: Das sei "keine Koalitionsbedingung". Allerdings sei die Lage im Burgenland nicht vergleichbar mit anderen Bundesländern – was sie auch mit der mangelnden Anonymität argumentierte. Sie höre von Frauenberatungsstellen, dass es zielführender sei, für eine gute Finanzierung zu sorgen, damit Betroffene in Graz oder Wien Abtreibung durchführen können.‘